

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



statistik.hessen.de



Ergebnisse der Kommunalwahl 2026

Bei der Kommunalwahl am 15. März 2026 wurde auch über die Zusammensetzung der Kreistage in den 21 Landkreisen entschieden. Insgesamt haben die hessischen Wählerinnen und Wähler 1.589 Kreistagsabgeordnete gewählt.

Hessenweit waren knapp 4,7 Millionen hessische Bürgerinnen und Bürger bei der Kommunalwahl wahlberechtigt. Unter den wahlberechtigten Deutschen waren mit 51,6 Prozent etwas mehr Frauen als Männer (48,4 Prozent) zur Wahl aufgerufen. Mit einem Anteil von 39,3 Prozent bildeten Personen ab 60 Jahre die größte Gruppe unter den Wahlberechtigten mit deutschem Pass.

Insgesamt erbrachte die Wahl deutliche Verschiebungen zugunsten von CDU und AfD, während SPD und Grüne Verluste hinnehmen mussten. Laut amtlichem Endergebnis des Hessischen Statistischen Landesamtes liegt die CDU nun mit 29,8 % an erster Stelle, gefolgt von der SPD mit 20,8 % und der AfD mit 14,8 %. Dem schließen sich die GRÜNEN mit 14 % an. Die LINKE erzielten 5,7 %, die FDP 3,9 %. Die FREIEN WÄHLER liegen bei 2,9 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,5 % und damit höher als 2021. 91.657 (3,6 Prozent) Stimmzettel waren nach Auszählung sämtlicher Stimmzettel ungültig (2021: 3,9 Prozent).

Mit Blick auf die hessischen Landkreise schreibt die Hessische Landkreisordnung vor, dass sich jeder Kreistag spätestens zwei Monate nach Beginn der Wahlzeit konstituieren muss. Die Wahlzeit beginnt laut Kommunalwahlgesetz am 01. April 2026. Die Wahlzeit beträgt fünf Jahre und endet somit am 31. März 2031.

Bei der Konstituierung wird die oder der Kreistagsvorsitzende nebst Stellvertreterinnen und Stellvertretern gewählt und über die Gültigkeit der Wahl entschieden. Zudem werden weitere wichtige Entscheidungen getroffen, beispielsweise über die Einrichtung der Fachausschüsse und die Wahlen der ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Auch die Gremien des Hessischen Landkreistages werden sich neu konstituieren. Dennoch wird nicht zuletzt aufgrund der finanziellen Lage der Landkreise das bisherige, gemeinsame Ziel des Verbandes weiter im Fokus stehen: parteiübergreifende Lösungen zu finden, um zentrale Aufgaben wie Gesundheit, Mobilität, Schule und vieles mehr weiterhin gewährleisten zu können.



Sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Kommunalwahl 2026 ist entschieden, die neuen Kreistage formieren sich. Damit beginnt eine Phase, in der Weichen gestellt und Prioritäten neu sortiert werden. Die Herausforderungen sind angesichts der historisch schlechten Finanzlage riesig. Die kommenden Monate werden zeigen, wie die Kreise ihre Gestaltungskraft nutzen, um zentrale Zukunftsfragen anzugehen: von der Daseinsvorsorge über Digitalisierung bis zur finanziellen Stabilität. Dazu sind sie auf die Unterstützung von Bund und Land Hessen angewiesen. Der Hessische Landkreistag begleitet den Neustart eng und versteht ihn als Chance für klare Impulse und verlässliche Zusammenarbeit. Allen neu gewählten und wiedergewählten Mitgliedern wünsche ich einen kraftvollen Einstieg in die neue Wahlperiode.

Ihr Bernd Woide, Präsident

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- Landkreistag fordert grundlegende Reform des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2028
- Zwei ehemalige Landräte verstorben

KURZ NOTIERT SEITE 03

- Uwe Becker und Dr. Till Kaesbach zum Austausch im Finanzausschuss
- Zukunftspakt Kommunen Hessen: Mehr Spielräume, weniger Bürokratie

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- Sparpläne dürfen nicht zulasten der Krankenhäuser gehen
- Digitalpakt 2.0: Der Bund muss sich an seine Zusagen halten

TERMINE / PERSONALIEN

SEITE 04

Landkreistag fordert grundlegende Reform des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2028



Das Präsidium des Hessischen Landkreistages hat zentrale Forderungen für die anstehende Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) ab dem Ausgleichsjahr 2028 beschlossen. Anlass ist das Auslaufen der bis Ende 2027 befristeten Festbetragsregelung im Hessischen Finanzausgleichsgesetz. Nach Einschätzung der Landkreise reicht eine bloße politische Anpassung nicht aus – angesichts der angespannten Haushaltslage ist eine systematische Weiterentwicklung zwingend notwendig, um die verfassungsrechtlich garantierte aufgabengerechte Finanzausstattung dauerhaft sicherzustellen.

■ Bedarfsgerechte Finanzausstattung im Fokus

Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer realitätsgerechten Dotierung der Finanzausgleichsmasse. Die Landkreise kritisieren, dass das bisherige Korridorverfahren tatsächliche Mehrbedarfe – insbesondere im Bereich sozialer Pflichtaufgaben – nicht ausreichend abbildet. Künftig muss die Bedarfsermittlung dynamischer, prospektiver und stärker an bundesgesetzlich verursachten Mehrbelastungen ausgerichtet werden.

■ Verteilungsrelationen überprüfen – Landkreise stärken

Das Präsidium fordert zudem eine erneute empirische Überprüfung der Verteilung der Finanzausgleichsmasse zwischen den kommunalen Gruppen. Die aktuellen Schlüsselrelationen spiegeln die Aufgaben- und Ausgabenlasten der Landkreise nicht mehr angemessen wider.

Angesichts stark steigender Sozialausgaben ist eine stärkere Berücksichtigung der Landkreise notwendig.

■ Mehr kommunale Gestaltungsspielräume

Um die finanzielle Handlungsfähigkeit zu erhöhen, spricht sich der Landkreistag für eine Stärkung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen aus. Zweckgebundene Finanz- und Investitionszuweisungen sollten zugunsten größerer kommunaler Dispositionsfreiheit reduziert werden. Dies würde zugleich die Komplexität des Systems verringern und die Transparenz erhöhen.

■ Reform der Sonderstatusregelungen

Deutlichen Reformbedarf sieht der Landkreistag auch bei den Sonderstatusregelungen. Diese führen zu strukturellen Verzerrungen im horizontalen Finanzausgleich und entsprechen nicht mehr einer sachgerechten Aufgaben- und Finanzierungszuordnung. Eine grundlegende Neuordnung ist erforderlich, um eine konsistente und verfassungsfeste Ausgestaltung sicherzustellen.

■ Strukturell verschlechterte Finanzlage

Die Forderungen stehen vor dem Hintergrund einer dramatisch angespannten Finanzsituation der hessischen Landkreise. Viele Kreise planen für 2026 negative ordentliche Ergebnisse; insgesamt wird ein Defizit von rund einer halben Milliarde Euro erwartet. Steigende Kreis- und Schulumlagen stoßen dabei an Belastungsgrenzen der kreisangehörigen Kommunen. Haupttreiber der Entwicklung sind dynamisch wachsende Sozialausgaben und weitere gesetzlich determinierte Pflichtaufgaben.

Der Landkreistag macht damit deutlich: Die aktuelle Systematik des Finanzausgleichs bildet die tatsächlichen Belastungen nicht mehr ausreichend ab. Die Reform des KFA 2028 muss daher strukturelle Unterdeckungen beseitigen und die Finanzausstattung konsequent an den realen Aufgaben orientieren.

Zwei ehemalige Landräte verstorben: Hessischer Landkreistag würdigt ihr Wirken

Der Hessische Landkreistag trauert um zwei frühere Landräte, die sich in besonderer Weise um die hessischen Landkreise und den HLT verdient gemacht haben.

Am 14. Februar 2026 verstarb Dr. Dietrich Kaßmann, langjähriger Landrat des Kreises Bergstraße und von 1994 bis 1997 Präsident des Hessischen Landkreistages. Bereits seit 1985 an der Spitze seines Landkreises, engagierte er sich im Präsidium, in der Mitgliederversammlung und in zahlreichen Fachausschüssen des Hessischen Landkreistages. Für sein herausragendes Wirken wurde er 1997 zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Am 5. März 2026 verstarb zudem Rolf Gnadl, der von 1992 bis 2008 Landrat des Wetteraukreises war. Auch er prägte die Arbeit des Hessischen Landkreistages über viele Jahre hinweg durch sein Engagement in Präsidium, Mitgliederversammlung und Fachausschüssen. Sein Einsatz für die kommunale Selbstverwaltung war geprägt von Verantwortungsbewusstsein, Verlässlichkeit und einem starken Gemeinwohlgedanken.

Beide Persönlichkeiten haben die kommunale Ebene in Hessen nachhaltig geprägt und Spuren hinterlassen, die weit über ihre Amtszeit hinausreichen. Der Verband bleibt dankbar für die Impulse, die sie u.a. der Verbandsarbeit gegeben haben.

Zukunftspakt Kommunen Hessen: Mehr Spielräume, weniger Bürokratie

Am 6. Februar 2026 haben die Hessische Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände den von Ministerpräsident Boris Rhein initiierten „Zukunftspakt Kommunen Hessen“ unterzeichnet. Ziel ist es, Kommunen durch spürbaren Bürokratieabbau mehr Handlungsspielräume zu eröffnen.

Wesentliche Grundlage ist das neue Kommunale Flexibilisierungsgesetz (KommFlexG), das es Landkreisen, Städten und Gemeinden ermöglicht, auf Antrag bis zu vier Jahre von landesrechtlichen Standards abzuweichen. Auch die kommunalen Spitzenverbände können Vorschläge einbringen. Aus HLT-Sicht bietet das Gesetz ein praxistaugliches Instrument, um Vorgaben zu überprüfen, dauerhaft zu reduzieren und wirtschaftliche Belastungen abzubauen. Entscheidend wird sein, dass viele Kommunen entsprechende Anträge stellen.

Die Reformen stehen im Kontext der finanziellen Schiefelage vieler Kommunen, deren Haushalte zunehmend durch bundes- und landesrechtlich vorgegebene Sozialausgaben gebunden werden. Gleichzeitig belasten Bürokratie und Abgaben Wirtschaft und Handwerk, was die Einnahmesituation weiter verschärft. Für mehr Wachstum braucht es daher weniger Pflichten,



v.l.n.r. Geschäftsführer Tim Ruder, Vizepräsidentin LR'in Anita Schneider, HIHK-Geschäftsführer Frank Aletter, Präsident LR Bernd Woide, Geschäftsführer Dr. Michael Koch

schnellere Investitionen und mehr Planungssicherheit. Vor diesem Hintergrund hat der Hessische Landkreistag die wichtigsten Wirtschaftsverbände eingeladen, gemeinsam Hemmnisse zu identifizieren, die über das KommFlexG abgebaut werden können. Erste Gespräche fanden im April mit dem Hessischen Industrie- und Handelskammertag sowie dem Hessischen Handwerkskammertag statt.

Uwe Becker und Dr. Till Kaesbach zum Austausch im Finanzausschuss



Im Finanzausschuss des Hessischen Landkreistages standen zuletzt zwei zentrale Austauschtermine mit maßgeblichen Akteuren der hessischen Finanzpolitik im Fokus. Mit Dr. Till Kaesbach, seit Juli 2025 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Finanzen, wurde insbesondere die angespannte Finanzsituation der hessischen Landkreise in den Mittelpunkt gestellt. Die Landkreishaushalte stehen weiterhin unter erheblichem Druck: Steigende Sozialausgaben, wachsende Pflichtaufgaben sowie eine insgesamt unzureichende Finanzausstattung führen flächendeckend zu nicht ausgeglichenen Haushalten. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Belastungen durch hohe Asyl- und Flüchtlingskosten thematisiert. Vor diesem Hintergrund wurde angeregt zu prüfen, in welcher Form das Land die Kommunen stärker entlasten kann, etwa durch eine angemessene Beteiligung an der positiven Haushaltsentwicklung des

Landes oder durch gezielte strukturelle Maßnahmen. Die Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) wurde ebenfalls angesprochen.

Ein weiterer Austausch fand mit Uwe Becker, seit Juli 2025 Präsident des Hessischen Rechnungshofes, statt. Diskutiert wurden die aktuellen Erkenntnisse aus dem Kommunalbericht 2025 sowie daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen. Becker unterstrich den anhaltenden Konsolidierungsdruck in den kommunalen Haushalten. Mit dem aktualisierten Konsolidierungsbuch wurden praxisnahe Ansätze zur Haushaltsstabilisierung vorgestellt, die insbesondere auf Effizienzsteigerungen und eine kritische Aufgabenüberprüfung abzielen. Darüber hinaus wurde die Forderung nach einer stärkeren Einbindung kommunaler Spitzenverbände in Gesetzgebungsverfahren betont, um finanzielle Auswirkungen frühzeitig berücksichtigen zu können. Auch mahnte Becker zu größerer Ausgaben disziplin und warnte vor einer unreflektierten Ausweitung der Verschuldung. Diskutiert wurde zudem sein Vorschlag, Sparkassenüberschüsse stärker zur Unterstützung kommunaler Haushalte heranzuziehen und damit zusätzliche Einnahmepotenziale zu erschließen. Insgesamt verdeutlichten die Gespräche die angespannte finanzielle Lage der Kommunen sowie die Notwendigkeit enger Abstimmung zwischen Land und kommunaler Ebene zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit.

Sparpläne dürfen nicht zulasten der Krankenhäuser gehen

Anlässlich einer Verbändeanhörung im Bundesgesundheitsministerium warnte der Deutsche Landkreistag vor erheblichen Mehrbelastungen für Kliniken und kommunale Haushalte. Die vom Bund geplanten Sparmaßnahmen in der Gesetzlichen Krankenversicherung würden laut DLT-Präsident Achim Brötel besonders kommunale Krankenhäuser treffen, die bereits heute unter massivem wirtschaftlichem Druck stehen. Zusätzliche Einschnitte könnten die Versorgungssicherheit in ländlichen Regionen gefährden.

Trotz flächendeckender Rekorddefizite der Kliniken und milliardenschwerer Verlustausgleiche durch die Landkreise sollen die Häuser im kommenden Jahr weitere fünf Milliarden Euro einsparen. Präsident Brötel betonte, dass dies angesichts eines kommunalen Gesamtdefizits von rund 30 Milliarden Euro im Jahr 2025 nicht mehr leistbar sei. Viele Krankenhäuser befänden sich schon jetzt in einer schwierigen Lage, die auch durch die jüngsten Reformbeschlüsse nicht behoben werde. Eine Koppelung der Ausgaben an die Einnahmen der Krankenkassen berge zusätzliche Risiken und könne neue Finanzlücken zulasten der Kommunen erzeugen.

Der Landkreistag fordert stattdessen einen deutlichen Abbau von Bürokratie sowie verlässliche Rahmenbedingungen für die Kliniken. Ein überhastetes Gesetzgebungsverfahren ohne ausreichende Beteiligung aller Akteure würde die ohnehin belasteten kommunalen Haushalte weiter strapazieren und zusätzliche Kosten in Milliardenhöhe verursachen.

Digitalpakt 2.0: Der Bund muss sich an seine Zusagen halten

Die Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene üben deutliche Kritik an kurzfristigen Änderungen des Bundes am geplanten Digitalpakt 2.0. Bund und Länder hatten sich Ende 2025 darauf verständigt, das Nachfolgeprogramm des Digitalpakts Schule rückwirkend zum 1. Januar 2025 zu starten – ein Vorgehen, das die Kommunen ausdrücklich begrüßt hatten. Nun hat der Bund das Startdatum offenbar ohne Abstimmung auf den 1. Januar 2026 verschoben.

Die Verbände warnen, viele Kommunen hätten im Vertrauen auf die ursprüngliche Zusage bereits 2025 erhebliche Mittel in digitale Endgeräte und IT-Infrastruktur investiert. Fielen diese Ausgaben nun aus der Förderung heraus, blieben Städte, Landkreise und Gemeinden auf hohen Kosten sitzen – ein schwerer Schlag für ohnehin angespannte Haushalte und ein Bruch des zugesicherten Vertrauensschutzes. Zudem würde sich die ohnehin bestehende Förderlücke zwischen dem ersten und dem zweiten Digitalpakt weiter vergrößern. Seit dem Auslaufen des ersten Programms im Mai 2024 fehlt eine Anschlussfinanzierung. Sollte der Digitalpakt 2.0 erst 2026 beginnen, entstünde eine Lücke von mehr als anderthalb Jahren. Die kommunalen Spitzen warnen, dass dadurch die digitale Ausstattung der Schulen noch stärker von der Finanzkraft der jeweiligen Kommune abhängen könnte – mit negativen Folgen für gleichwertige Lebensverhältnisse. Sie kritisieren außerdem, dass die Kommunen bei Verhandlungen zwischen Bund und Ländern erneut nicht einbezogen wurden, obwohl die Entscheidungen sie unmittelbar betreffen.

TERMINE

- **Rechts- und Europaausschuss**
Donnerstag, 21.05.2026, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Fachausschuss für Digitalisierung und Innovation**
Dienstag, 26.05.2026, 10:00 Uhr, Videokonferenz
- **Ausschuss der Landrätinnen und Landräte**
Freitag, 29.05.2026, 11:30 Uhr, Videokonferenz
- **Gesundheitsausschuss**
Mittwoch, 10.06.2026, 10:00 Uhr, Wiesbaden

■ KTV-Konferenz (Seminar)

Dienstag, 16.06.2026,
17 Uhr bis 17.06.2026, 12 Uhr,
Fulda

PERSONALIEN

- **Landrat Oliver Quilling,**
Landkreis Offenbach, wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des DLT-Schul- u. Kulturausschusses gewählt.



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Geschäftsführer:
Dr. Michael Koch
Tim Ruder

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: streiner@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Dr. Lorenz Wobbe
(Pressesprecher)
Vanessa Streiner
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Triadon – Kommunikationsdesign
www.triadon.de
Fichtering 11a
64572 Büttelborn

BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag
OpenAI – KI-generiertes Symbolbild
Adobe Systems Software Ireland
Limited